



Deutschland-Ticket
Auf diese Fallstricke muss man beim digitalen Ticket achten **Seite 10**

Wohlfahrtsverbände warnen: Es fehlen Wohnungen für Benachteiligte

Armutsgefahr in Peine über Landesdurchschnitt – In Sozialwohnungsbau wurde nicht investiert

Peine. In den vergangenen Jahren wurden in Stadt und Landkreis Peine keine Sozialwohnungen gebaut, dabei liegt die Zahl der armutsgefährdeten Menschen hier mit 18,5 Prozent über dem niedersächsischen Durchschnitt. Bestimmte Bevölkerungsgruppen finden daher besonders schwer Wohnraum. Darauf wies nun die Kreisarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege (KAG) im Gespräch mit Vertretern aus Politik, Verwaltung, Stadtwerken und Wohnungsbau hin.

„Schon vor dem Krieg in der Ukraine und der starken Inflation gab es in unserer Region Probleme, bezahlbaren Wohnraum zu finden“, sagte die KAG-Vorsitzende Heike Horrmann-Brandt. Seit Februar 2022 habe sich die Situation noch einmal verschärft: Zum einen werde mehr Wohnraum benötigt, zum anderen seien die Energiekosten stark angestiegen. Besonders betroffen seien große Familien, junge Erwachsene, alleinerziehende Eltern und Menschen mit niedrigem Einkommen und Renten oder Sozialleistungen – aber auch barrierefreier Wohnraum sei nur schwer zu finden.

Es bestehe ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen sozialem Status, den Möglichkeiten zu gesellschaftlicher Teilhabe und angemessenem Wohnraum. Und die Krise spitze sich zu: Viele Mieterinnen und Mieter könnten ihre steigenden Wohn- und Energiekosten nicht mehr bezahlen. Das zeigten eindrucksvoll die Berichte von Bärbel Schuster von den Ambulanten Hilfen Peine und Nils Sauerborn vom Strom Spar Check sowie Horrmann-Brandt mit Beispielen aus der Beratungsstelle JUNGregio.

Die Wohlfahrtsverbände der KAG verstehen sich in einer Doppelrolle. Sie sind sowohl Träger sozialer Dienstleitungen als auch Lobbyisten für Menschen in sozialen Notlagen. In beiden Rollen erfahren sie aus erster Hand von den Nöten der Menschen.

Zahl der öffentlich geförderten Wohnungen rückläufig

Auch statistisch lasse sich die große Not in der Region belegen: Die Zahl der armutsgefährdeten Menschen liege im Landkreis Peine mit 18,5 Prozent über dem niedersächsischen Durchschnitt. Es seien in den vergangenen Jahren keine Sozialwohnungen in Stadt und Landkreis Peine gebaut worden. Niedersach-



Die Teilnehmer des Expertengesprächs Wohnen und Energie. Sie warnen vor einer sich zuspitzenden Notlage.

FOTO: KAG

senweit sei die Zahl der öffentlich geförderten Wohnungen seit 2016 rückläufig.

Beim Expertengespräch forderten die Vertreterinnen sowohl kurzfristige Lösungen für die aktuellen Nöte als auch langfristige Konzepte für bezahlbaren, menschenwürdigen Wohnraum. Dringend erforderlich sei ein Härtefallfonds für den Landkreis, um die Sperrung von Strom- und Gaslieferungen zu verhindern. Des Weiteren brauche es zukunftsträchtige Wohnkonzepte jenseits von sozialem Wohnungsbau in ghettoisierten Wohneinheiten wie in den 70er Jahren. Auch die massive Problematik des Wohnungsleerstandes müsse endlich angegangen werden – hier sollten die rechtlichen Mittel ausgeschöpft werden, um Wohneigentümer zu einer sachgerechten Verwendung des vorhandenen Wohnraums zu motivieren. Eine Stärkung des sozialen Wohnungsbaus unter besonderer Berücksichtigung der gemeinschaftlichen und genossenschaftlichen Wohnungsbaugesellschaften sollte ein weiterer Baustein der Lösung sein.

Allerdings gehöre zu einer menschenwürdigen und attraktiven Kommune aber mehr als ausreichender Wohnraum, so die Vertreterinnen der Wohlfahrtsverbände der

„
Wir sehen die sich zuspitzenden Notlagen in allen Beratungsstellen.“

Heike Horrmann-Brandt,
Vorsitzende der Kreisarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege (KAG)



Barrierefreier Wohnraum: Rollstuhlfahrer brauchen im Haus ausreichend Raum zu Rangieren.

FOTO: MASCHA BRICHTA/DPA

KAG. Es müssten auch Orte der Begegnung und des sozialen Miteinanders geschaffen werden, an denen sich Menschen ohne zusätzliche Kosten treffen könnten. Alle Beteiligten waren sich einig, dass der erfolgreiche Austausch in regelmäßigen Abständen wiederholt werden soll. Ein Anschlusstermin in einer kleineren Fachgruppe soll zeitnah erfolgen. „Das Land und die Kommunen müssen sich wieder ver-

stärkt ihrer Verantwortung als Anbieter günstiger öffentlicher Wohnungen bewusst werden“, forderte die KAG-Vorsitzende Horrmann-Brandt.

„Das Schaffen von Sozialwohnungen muss bei der Bodenvergabe eine größere Rolle spielen. Wir sehen die sich zuspitzenden Notlagen in allen Beratungsstellen der freien Wohlfahrtspflege in Stadt und Landkreis Peine.“ **red**